

Kiel, 11.09.2008

**Landtag
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

TOP 33: Ausbildungssituation in Schleswig-Holstein (Drucksache 16/2189)

Anette Langner:

Jugendliche besser auf Anforderungen einer Ausbildung vorbereiten

Ich danke dem Minister und seinen Mitarbeitern für den vorliegenden Bericht, der nach meiner Einschätzung ein sehr differenziertes Bild der Ausbildungsplatzsituation in Schleswig-Holstein zeigt:

Mit einer zunehmenden Zahl an Bewerbern aus den Vorjahren, aus berufsvorbereitenden Maßnahmen und aus den Bildungsgängen der berufsbildenden Schulen ist die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen auch bei leicht rückläufigen Schulabgängerzahlen in diesem Jahr nach wie vor sehr hoch.

Auch wenn die Relation zwischen gemeldeten Bewerbern und gemeldeten Ausbildungsstellen in Schleswig-Holstein im Bundesvergleich gut ist – das ist ein Erfolg des Bündnisses für Ausbildung -, gibt es nach wie vor zu viele Jugendliche, die **keinen Ausbildungsplatz oder andere Perspektiven** haben. Wir stehen also nach wie vor in der Verantwortung, alles dafür zu tun, um jungen Menschen in Schleswig-Holstein einen guten Start ins Berufsleben zu ermöglichen.

Bei einem zunehmenden Bedarf an Fachkräften gibt es, glaube ich, keinen Zweifel daran, dass die Wirtschaft – also Unternehmen und Betriebe – in erster Linie in der Verpflichtung sind, auszubilden und für ihren Fachkräftenachwuchs selbst zu sorgen. Deshalb betrachte ich die Entwicklung der **neu abgeschlossenen Auszubildenden**

hältnisse seit 2006 durchaus mit Sorge. In 2006 hatten wir einen Zuwachs von 6,9%, 2007 von sogar 7,5%, für 2008 stellt sich nur noch ein Plus von 1,3% dar und das in einem Jahr, in dem die konjunkturelle Entwicklung doch noch durchaus als gut zu bezeichnen ist. Die Handwerkskammern, die im letzten Jahr noch einen Zuwachs von über 10% bei den Ausbildungsverträgen zu verzeichnen hatten, melden für dieses Jahr sogar ein Minus von 2,2%.

Wenn ich positiv unterstelle, dass die von den Kammern und Verbänden immer wieder betonte Ausbildungsbereitschaft der Betriebe nach wie vor gut ist, könnte eine Begründung für den Rückgang sein, dass Betriebe Ausbildungsstellen anbieten, dafür aber keine geeigneten Bewerberinnen und Bewerber finden.

Bedenkenswert sind dabei allerdings die Zahlen über die Qualifikationsstruktur der bislang unversorgten Jugendlichen. Denn offensichtlich haben wir mitnichten ein ausschließliches Hauptschulabgängerproblem, sondern immerhin 51% der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz haben einen Realschulabschluss oder die Fachhochschul- oder Hochschulreife.

Dem in dem Bericht angesprochen **Widerspruch von angebotenen Ausbildungsstellen und den Wünschen und Vorstellungen von Bewerbern** muss man in diesem Zusammenhang dringend mit besseren Beratungsangeboten und neuen Formen der Berufsorientierung begegnen. Gerade für den ländlichen Raum spielt dabei das Problem der Mobilität eine große Rolle und muss mit Lösungsangeboten Bestandteil der Berufsberatung sein.

Die von Betrieben und Unternehmen immer wieder beklagte **Ausbildungsfähigkeit und Ausbildungsreife** von Schulabgängern ist ein weiteres Problemfeld, für das wir in Verantwortung stehen. Denn die Botschaft an junge Menschen in diesem Lande kann natürlich nicht sein: Wir können euch nicht gebrauchen, weil ihr unsere Anforderungen

nicht erfüllt, sondern muss im Gegenteil sein: Jeder junge Mensch in diesem Land ist wertvoll und wird dringend gebraucht, damit wir auch in Zukunft unseren Bedarf an qualifizierten Arbeitskräfte decken können!

Deshalb begrüße ich außerordentlich alle in dem Bericht genannten Maßnahmen und Förderprogramme der Landesregierung, die das Ziel haben, **Jugendliche besser auf die Anforderungen einer Ausbildung vorzubereiten** und den Übergang von Schule zur Arbeitswelt zu erleichtern. Die so genannten „benachteiligten Jugendlichen“, Ausbildungsabbrecher und die Altbewerberinnen und -bewerber, die sich mit jeder erfolglosen Bewerbung weiter von einer Perspektive entfernen, müssen wir mit geeigneten Maßnahmen unterstützen, die fachliche, sozial bedingte oder aufgrund falscher Erwartungen entstandene Defizite auffangen.

Da die finanziellen Möglichkeiten der Landesprogramme oftmals ein Tropfen auf dem heißen Stein sind und der Bedarf immer größer ist als die Möglichkeiten, wäre es meiner Ansicht nach wünschenswert, mit der Bundesagentur für Arbeit und den ARGE n über eine stärkere Beteiligung an präventiven Maßnahmen ins Gespräch zu kommen.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Bericht gibt noch vieles her, über das es sich lohnt, ausführlich zu diskutieren. Deshalb beantrage ich Überweisung in den Wirtschaftsausschuss.

Und für die Nachvermittlungsaktion gilt es jetzt im Bündnis für Ausbildung noch einmal alle Kräfte zu bündeln, damit wir noch möglichst vielen bisher unversorgten Jugendlichen ein Angebot machen können.